

Protokoll

Sitzung Bildungsausschuss IG Metall Vorstand am 29. und 30. Oktober 2013 in Frankfurt/Main

TOP 1

Eröffnung der Sitzung des Bildungsausschusses und Verabschiedung des Protokolls der letzten Sitzung

Thomas Ressel eröffnete die Sitzung und begrüßte die Anwesenden, insbesondere die neu benannten BA-Mitglieder Angela Kennecke von Airbus Bremen und Stefanie Janczyk vom Ressort Allg. Ressort- und Arbeitsmarktpolitik - Sozialpolitik, die Gäste und als Referenten Olaf Kierstein vom Diakonischen Werk der ev. Kirche Baden Württemberg. Nach einer kurzen Vorstellungsrunde wurden die geänderte Tagesordnung und das Protokoll zustimmend zur Kenntnis genommen.

TOP 2

Fachkräfteausbildung für gute Arbeit und Innovationsfähigkeit

Hans-Jürgen Urban geht aus bildungs- und arbeitsmarktpolitischer Sicht auf die Situation der Fachkräfteausbildung ein. Arbeitgeber beklagten immer häufiger einen angeblichen Fachkräftemangel. Das pauschale Klagen lenke allerdings von der tatsächlichen Situation ab und solle vor allem verhindern, dass sich der Arbeitsmarkt zum Arbeitnehmermarkt ändere und sie bei Arbeitsbedingungen und Bezahlung stärker unter Druck geraten würden. Es gäbe in erster Linie einen Ausbildungsmangel. Statt Fachkräftemangel zu beklagen müssten Betriebe mehr ausbilden.

Die Ausbildungssituation in den dreieinhalbjährigen Metall- und Elektroberufen sei stabil. Gegenüber 2011 würden 2012 in diesen Berufen rund 900 Ausbildungsverträge mehr abgeschlossen (+1,8 Prozent). Allerdings über alle Wirtschaftsbereiche gesehen sei die Zahl der ausbildenden Betriebe auf einen Rekordtiefstand gesunken. Nur noch 21,7 Prozent der Betriebe würden ausbilden. Die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge läge im Jahr 2012 mit 551.000 auf den niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung. Auch für 2013 würde ein weiterer Rückgang der betrieblichen Ausbildungsverträge erwartet. Diese Entwicklung passe nicht zur Klage der Unternehmen über einen Fachkräftemangel.

Der Nationale Bildungsbericht 2012 zeige, dass es eine Abschottung von annähernd der Hälfte der Ausbildungsberufe für Jugendliche mit „niedrigem“ Schulabschluss gäbe. Das sei nicht akzeptabel. Betriebe müssten allen Jugendlichen eine Chance geben. Eine Auswahl von neuen Auszubildenden solle darauf ausgerichtet sein, die „Richtigen“ für einen Beruf zu finden und das müssten nicht die „Besten“ sein.

Berufe würden orientiert an den Anforderungen der Geschäfts- und Arbeitsprozessen in den Betrieben. Sie müssten auf die Anforderungen guter Arbeit vorbereiten und berufliche Entwicklungsperspektiven eröffnen. Berufe speziell für schwächere Jugendliche zu entwickeln sei kontraproduktiv. Das Risiko eine prekäre Beschäftigung zu erhalten wachse, je

schlechter die Ausbildung sei. Die individuellen Berufs- und Lebenschancen würden sich verringern.

Der Maßnahmenchungel im Übergangsbereich müsse abgeschafft werden. Über 250.000 Jugendliche befänden sich derzeit in unterschiedlichsten Maßnahmen, ohne dass damit eine klare berufliche Perspektive verbunden sei. Zukünftig müssten Jugendliche mit einem Schulabschluss einen Rechtsanspruch darauf haben, eine mindestens dreijährige Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf zu erhalten. Bei der Berufswahl seien sowohl regionale Arbeitsmarktanforderungen sowie die Berufswünsche der Jugendlichen zu berücksichtigen. Wer keinen betrieblichen Ausbildungsplatz erhalte, könne eine Ausbildung an einer berufsbildenden Schule oder bei einem außerbetrieblichen Bildungsträger für die gesamte mindestens dreijährige Ausbildungsdauer absolvieren. Während der außerbetrieblichen Ausbildung sei ein Übergang in eine betriebliche Ausbildung anzustreben. Es würde darauf zu achten sein, dass dies nicht einen Rückzug der Betriebe aus der Ausbildung befördere. Deshalb müssten die Betriebe entsprechend ihrer Beteiligung an Ausbildung die Finanzierung sicherstellen.

Jugendliche mit Förderbedarf und Betriebe, die diese Jugendlichen ausbilden würden, bräuchten eine bedarfsorientierte Unterstützung. Diese müsse bereits bei der Ausbildungsplatzsuche ansetzen und sich in der Ausbildung fortsetzen. Die ausbildungsbegleitenden Hilfen der Bundesagentur für Arbeit seien dafür als erweiterte Regelangebote für die Betriebe auszubauen. Dabei seien die Erfahrungen mit assistierter Ausbildung in Baden-Württemberg zu berücksichtigen.

Die OECD hätte Deutschland jahrelang für eine zu geringe Studierendenzahl kritisiert. Nicht ohne Wirkung. Eltern wollten, dass ihre Kinder Abitur machten und studierten. Die Studienanfängerquote läge inzwischen bei 48 Prozent eines Jahrganges. 2012 gäbe es in Deutschland rund 2,5 Mio. Studierende und demgegenüber 1,5 Mio. Auszubildende. Die Studierendenquote weiter zu erhöhen, könne negative Folgewirkungen am Arbeitsmarkt haben. In den Betrieben würden auch zukünftig beruflich qualifizierte Fachkräfte, aus der dualen beruflichen Ausbildung benötigt werden. Deutschland hätte eine der niedrigsten Quote von arbeitslosen Jugendlichen in Europa. Gerade die duale Berufsausbildung stelle eine gute Integration in den Arbeitsmarkt sicher. Sie müsse als gleichwertiger Bildungsweg eine starke Bedeutung behalten. Zwischen dual-betrieblicher und hochschulischen Bildungswegen müsse die Durchlässigkeit weiter verbessert werden.

Das duale Studium sei eine etablierte Säule der Fachkräfteausbildung. Es folge dem dualen Prinzip und böte eine wissenschaftsfundierte und betriebsorientierte Berufsbildung. Es ergänze sinnvoll die duale Berufsausbildung. Die Anzahl dual Studierender sei in den letzten Jahren stetig gestiegen, auf inzwischen rund 61.000 dual Studierende in über 900 Studiengängen und unterschiedlichen Formen. Die IG Metall setze sich dafür ein, für das duale Studium bundesweite Qualitätsstandards gemeinsam mit den Akteuren zu entwickeln und zu vereinbaren.

Die KMK-Richtlinie zur Öffnung der Hochschulen für Studierende ohne Abitur hätte die Tür einen Spalt breit geöffnet. Sie sei aber nur der erste Schritt in Richtung eines „Berufsabiturs“. Der erfolgreiche Abschluss einer drei- oder dreieinhalbjährigen dualen Ausbildung müsse - ohne weitere Studieneignungsprüfung - den Hochschulzugang ermöglichen. Ob dafür die

Ausbildung verlängert oder im letzten halben Jahr über zusätzliche Wahlmöglichkeiten im Betrieb und in der Berufsschule auf das Studium vorbereitet würde, müsse erprobt werden.

Die Weiterbildungsbeteiligung müsse ausgebaut werden. Hierzu müssten die materiellen Bedingungen für Beschäftigte verbessert werden. Tarifpolitisch brauche es eine neue Weiterbildungsinitiative, die an den Qualifizierungstarifverträgen anknüpfe. Der Gesetzgeber sei gefordert, die verschiedenen Fördermöglichkeiten in einem Erwachsenen-BAföG zusammenzuführen. In einem Bundesgesetz zur Weiterbildung sollten analog den Erfahrungen mit dem Berufsbildungsgesetz verlässliche Strukturen für die Weiterbildung geschaffen werden, d.h. verlässliche Standards beispielsweise für Beratung, Lernzeiten, Qualitätssicherung und Finanzierung.

Die Diskussion (Jupp Claessen, Angela Kennecke, Thomas Steinhäuser, Dirk Horstkamp, Hans-Jürgen Urban, Bernd Kaßbaum, Timo Gayer) bestätigte die Ausführungen und die von Hans-Jürgen Urban beschriebenen Handlungsfelder für die IG Metall.

TOP 3

Berichte und Informationen aus dem Ressort

→ *Bericht aus Thüringen von Kollegen Thomas Steinhäuser: Die Situation der spanischen Jugendlichen in Thüringen*

Bei der Anwerbung ausländischer Jugendlicher gäbe es normalerweise Grundkurse zur Vorbereitung bevor sie zu uns kämen. 150 junge Spanier hätten sich vom Förderprogramm und von 880 € Startgeld nach Thüringen locken lassen. Nun müsse man zusehen, wie man diese in vernünftige Ausbildungen bringe.

→ *Einmündungserfolge ausbildungsinteressierter Jugendlicher*

In der Folienpräsentation wurden folgende Themen behandelt:

- Determinanten des Einmündungserfolgs ausbildungsinteressierter Jugendlicher in duale Berufsausbildung – Ergebnisse aus der Übergangsforschung
- Ausbildungsreife und der Beginn einer Ausbildung
- Institutionalisierung des Ausbildungszugangs
- Von der Bedeutung der Institutionen beim Übergang Schule-Berufsausbildung
- Institutionelle Rahmenbedingungen
- Pressestimmen
- Gesamtzahl aller ausbildungsinteressierten Personen
- Alternative Indikatoren zur Abschätzung der Mark- und Übergangschancen
- Erfolgchancen des Eintritts in duale Berufsausbildung
- Teilelemente der Ausbildungsreife
- Passungsprobleme zwischen Angebot und Nachfrage
- Berufswahl
- Imagekampagne des Handwerks

In der Diskussion wurden folgende Punkte behandelt: Feststellung der Ausbildungsreife; wie Jobcenter und Arbeitsagenturen Ausbildungsreife definieren und die Fragestellungen des sozialen Umfeldes.

→ *Thomas Ressel: Koalitionsverhandlungen*

Die Gewerkschaften seien bisher nicht am kosmetisch angelegten Ausbildungspakt beteiligt. Die neue Regierung beabsichtige die Gewerkschaften für eine Mitarbeit zu gewinnen. So wie der Ausbildungspakt bisher angelegt sei und insbesondere nachdem die Gewerkschaften zuletzt bewusst außen vorgelassen wurden, sei nur ein Neustart denkbar. Dieser Neustart dürfe nicht auf Kosmetik setzen, sondern müsse die Problemlösung fokussieren. Weitere Punkte, die von den Gewerkschaften gefordert würden: Kooperationsverbot im Bildungsbereich müsse aufgehoben werden; der Übergangsbereich müsse an einer Berufsausbildung orientiert gestaltet werden; assistierte Ausbildung und abH müsse als neues Förderinstrument entwickelt werden; Bereich Weiterbildung erweitertes Bafög.

→ *Frank Gerdes: Kampagne Revolution Bildung der IG Metall – aktueller Stand*

Folie „Vorläufige Planung 2014“

In 2014 wird besonders öffentlichkeitswirksam an folgenden Aktionen Terminen für die Kampagne „Revolution Bildung“ aktiviert:

- Bildungskongress im März
- Demos am 1. Mai
- Bezirkliche Aktionen Juni/Juli
- Jugendaktionstag September
- Nikolaustag am 6. Dezember

→ *Frank Gerdes: Projekte an 4 Hochschulen „vom Meister zum Master“ (Berufsschullehrer)*

Zur Zeit würden vier vom BFMF geförderte Projekte laufen, die unter dem Titel „Vom Meister zum Master“ die Möglichkeit geben, sowohl den Abschluss des Berufspädagogen (IHK) wie auch über den Bachelor of Science des Abschluss des Berufsschullehrers zu erreichen. Kontakte beständen zu den Universitäten in Rostock und Bremen. Die Zulassungsvoraussetzungen sind neben dem Abitur der Techniker- und Meisterabschluss. Studiert würde an drei Studienorten: an der Hochschule, im Betrieb und bei einem Bildungsträger. Berufliche Qualifikationen sollen soweit wie möglich auf das Studium angerechnet werden. In der nachfolgenden Diskussion würde auf folgende Punkte Bezug genommen: auf die z.T. hohen Kosten der Studiengänge, auf die Unterschiede zwischen Bachelor und Berufspädagoge (IHK), auf die Chancen dieser und vergleichbarer Bildungswege, den Lehrermangel im berufsbildenden Bereich zu reduzieren sowie auf die Möglichkeiten einer besseren Bewerbung dieser Studienangebote.

→ *Frank Gerdes: Projekt für Spezialisten-Qualifizierung in der Elektrotechnik*

Elektrotechnikspezialist – DQR Stufe 5; Die Prozessmanager-Elektrotechnik Verordnung mit den Spezialistenprofilen sei von 2009; Leider gäbe es so gut wie keine Abschlüsse hier, eine Ursache könne auch das verwirrende Zertifizierungsszenario sein (Zertifizierungen kann die IHK aber auch Arbeitgeber erteilen). Die Uni Hamburg-Harburg hat beim BMBF mit Unterstützung der IG Metall hier ein Umsetzungsprojekt beantragt, wir wollen in die Betriebe gehen, Lehrgänge durchführen (auch außer Haus) und hier Zertifizierungen vorantreiben. Ein weiteres Ziel sei letztendlich das Aufzeigen der Maßnahmen und der Zertifikate um Transparenz herzustellen und das System praxistauglich zu bewerben.

Die Diskussion (Angela Kennecke, Ferdinand Walbaum, Thomas Ressel, Frank Gerdes, Jörg Ferrando, Barbara Galla, Timo Gayer) befasste sich mit folgenden Themen:

- Zertifizierung; aktuelle Wahrnehmung: ist beim Thema Elektrofachkraft ein IHK-Zertifikat noch was wert?
- Vergleichbarkeit von Zertifikaten; ist bei Arbeitgeberzeugnissen nicht gegeben aber bei IHK Zeugnissen,
- Reformprojekt der Stufe 5 soll weiter gepusht werden;
- Zertifikate sollten dauerhaft gelten und nicht Re-Zertifiziert werden müssen;
- AEVO aktuell ohne Zugangsvoraussetzung ist grenzwertig und im DQR nicht zuzuordnen;
- die Meisten streben eine Meisterausbildung an - obwohl nicht alle dafür geeignet seien, hier wäre dann eine Spezialisten-Stufe besser;
- alle hätten großes Interesse, was hier in den einzelnen Ländern auf Stufe 5 passiert, um eigene politische Aktivitäten unterstützen zu können.

→ *Thomas Ressel: Neuordnung der Büroberufe und Automobilkaufmann/frau*

Der Kaufmann für Büromanagement käme zum 01.08.2014.

Automobilkaufmann/frau solle 2014 neu geordnet werden. Die Eckwerteabstimmung liefere derzeit mit den Arbeitgebern. Anfang 2014 sei das Antragsgespräch geplant. Der Entwurf der Eckwerte läge als Tischvorlage vor.

→ *Jörg Ferrando: Neuordnung Karosserie- und Fahrzeugbauer/in und Zweiradmechaniker/in*

Der Beruf des Karosserie- und Fahrzeugbauers würde ab 1.8.2014 nur noch zwei statt drei Fachrichtungen haben:

1. Karosserieinstandhaltungstechnik
2. Karosserie- und Fahrzeugbautechnik. (Hier wurden zwei der bisherigen Fachrichtungen zusammengelegt)

Der Beruf des Zweiradmechatronikers (ehemals Zweiradmechaniker) würde weiterhin zwei Fachrichtungen haben:

1. Fahrradtechnik
2. Motorradtechnik

Auch der Zweiradmechatroniker solle möglichst am 1.8.2014 in Kraft treten.

Beide Berufe hätten künftig die gleichen Inhalte im ersten Ausbildungsjahr wie alle anderen Fahrzeugtechnischen Berufe, also wie beim KFZ-Mechatroniker/in. Würden also auch in dieser Zeit gemeinsam beschult.

In beiden Berufen spiele die Entwicklung hin zu Inhalten der Elektromobilität eine bedeutende Rolle, also auch der Umgang mit Hochvolttechnik. Die IG Metall setze sich darüber hinaus dafür ein, dass die im Moment noch auf Verlagen der Berufsgenossenschaft notwendigen Sachkundeprüfungen durch die Neuordnung für künftige Jungfacharbeiter entfallen. Hierzu würden noch Gespräche geführt.

→ *Bernd Kaßbaum: Zwischenstand zum neuen Leitbild moderner Beruflichkeit*

Mittlerweile seien drei von vier Workshops durchgeführt worden. Der vierte Workshop, auf dem die Eckpunkte für ein Leitbild erweiterter moderner Beruflichkeit

vorgestellt werden sollen, sei wegen des außerordentlichen Gewerkschaftstages auf den 21./22. Januar 2014 verschoben worden. Die Mitglieder des Bildungsausschusses bekämen dafür eine Einladung. Der weitere Fahrplan sähe vor, den Entwurf des neuen Leitbildes in die März Sitzung des Bildungsausschusses zu bringen. Dort solle der Text beraten und beschlossen werden. Mitte des Jahres würde der Vorstand informiert. Im Herbst sei eine gemeinsame Tagung mit ver.di und HBS geplant, auf der wesentliche Inhalte und Begründungszusammenhänge des Leitbildes zur Diskussion gestellt werden sollen.

Neue Gutachter/innen für das Gewerkschaftliche Gutachternetzwerk

Das gewerkschaftliche Gutachternetzwerk sei vor mehr als 10 Jahren gegründet worden, um Gewerkschafter/innen in die Begutachtungsverfahren im Zuge der Akkreditierung von Studiengängen zu bekommen. Daneben befasse sich das GNW mit Fragen der Studienreform insbesondere in den Ingenieur- und Naturwissenschaften und den gewerkschaftlichen Positionen zur Akkreditierung. Die gewerkschaftlichen Gutachter/innen würden intensiv mit den verschiedenen Agenturen zusammen arbeiten. Da ein Teil der Kolleg/innen aus Altersgründen ausscheiden würde, zudem aber neue Anfragen vorlägen, hätte sich das GNW entschieden, neue Gutachter/innen zu werben. Dafür läge ein Infoblatt aus. Alle Interessent/-innen würden zu Beginn 2014 zu einer Tagesschulung nach Frankfurt eingeladen. Die Ausschussmitglieder wurden gebeten, die Anfrage in ihren Bereichen weiter zu geben.

→ *Planungen der Initiative Schule und Arbeitswelt*

Im laufenden Jahr hätte sich die Initiative Schule und Arbeitswelt neben der Betreuung lokaler Gruppen mit den Themen „Wirtschaft in der Schule“ und „Arbeitswelt- und Berufsorientierung an allgemeinbildenden Schulen“ befasst. Dazu wurden Veranstaltungen durchgeführt. Es wurde ein Beraterkreis aus Wissenschaftler/Innen und Journalisten aufgebaut, um die vielen Materialien und Initiativen der Arbeitgeberseite zu beobachten und exemplarisch zu analysieren. Politisch wurde die Forderung nach eine Prüfstelle für Materialien erhoben. Der Bezirk Mitte hatte ein Schulprojekt gestartet, das ehrenamtliche Kolleg/innen befähigen soll, an Schulen zu gehen. Dafür würde eigens das Konzept eines Schul-Projekttagess entwickelt. In 2014 werden Materialien neu aufgelegt (wie die Broschüre „Eine gute Schule für Alle“ und neu entwickelt (z.B. Schülerpraktikum im Betrieb; neue DVD zur Berufsorientierung). Auf der didacta 2014, die vom 25. bis 29. März in Stuttgart stattfinden würde, sei die Initiative mit einem Stand vertreten. Die Lehrerfortbildung und die Jahrestagung werden ebenfalls durchgeführt. Jan Laging, der das Projekt im Bezirk Mitte koordiniere, würde in einer der nächsten Sitzungen in den Ausschuss kommen. In der anschließenden Diskussion wies Thomas Steinhäuser auf das in Thüringen laufende Projekt „Du bist mehr wert“ hin. Ebenso wurde die Frage aufgeworfen, wie man die Zugangsmöglichkeiten in die Schulen für Ehrenamtliche verbessern könne.

TOP 4

Offensive Handwerk

Referent: Herbert Weber

In der Folienpräsentation wurden folgende Themen behandelt:

- Warum eine Handwerks-Offensive
- Offensive Handwerk – Wir verstehen unser Handwerk
- Zielgruppen
- Onlinekanäle für die Zielgruppenansprache
- Strukturwandel im Handwerk
- Auftakt in zwei Blöcken
- Themenfeld: Proaktive Betriebspolitik
- Themenfeld: best practice
- Themenfeld: Jugend
- Themenfeld: Selbstverwaltung
- Themenfeld: Dialogkommunikation
- Betriebliche Mitgliederwerbung
- Werbematerial „Offensive Handwerk“

Die Diskussion (Thomas Ressel, Thomas Steinhäuser, Dirk Horstkamp, Herbert Weber, Jupp Claessen, Bernd Kaßbaum) befasste sich u.a. mit nachfolgenden Fragen und Punkten:

- Rolle der Auszubildenden bzw. des Ausbildungspersonals?
- Konzept für Umwelt- und Gesundheitsschutz
- Ausbildungsumlage beschlossen
- Rolle der Berufsschule

TOP 6

Neue und alte Prüferprojekte

Referent: Timo Gayer

In der Folienpräsentation wurden folgende Themen behandelt:

- Aktuelle Projekte im Prüfungswesen
- 5 gute Gründe gewerkschaftlichen Engagements
- Die Situation der Prüfer/innen auf AN-Seite
- Die Situation der Neubesetzung (gesamt)
- Die Situation der Neubesetzung (DGB)
- Beendete Projekte des Vorstandes
- Aktuelle Projekte des Vorstandes
- Standardaufgaben der IG Metall
- „Das Ziel“

Die Diskussion (Dirk Horstkamp, Barbara Galla, Jupp Claessen, Thomas Ressel, Timo Gayer,

Wilfried Schmidt, Angela Kennecke) befasste sich u.a. mit nachfolgenden Fragen und Punkten:

Von Kammer zu Kammer bestehen unterschiedliche Berufungsperioden;
Durch die Aktivitäten des Prüferenteams in den letzten zwei Jahren, besteht annähernd Vollbesetzung bei den Prüfungsaufgabenerstellern in der PAL; Schwierigkeiten mit der Freistellung der Kollegen sei ein Riesenproblem. Bestimmte Leute würden nicht mehr aktiv als Prüfer gesetzt (obwohl berufen), weil sie ihren Lohnausfall geltend machen und die Kammern nicht zahlen wollten. Zwangsmaßnahmen seien aber zweifelhaft. Diskussion über neues Finanzierungssystem;

Alternative wäre, die Attraktivität zu steigern. Über die Juristen im Haus (im WAP veröffentlicht) wurde auch ein Rechtsgutachten erstellt, welches die theoretischen Ansprüche aufzeigt. Die reale Umsetzung bleibt jedoch stark dahinter zurück. Innerhalb des Beratergremiums wurden Betriebsvereinbarungen formuliert, die jedoch nicht aktiv nach außen beworben / kommuniziert werden. Hier hat die Erfahrung gezeigt, dass die Bewerbung der Betriebsvereinbarung „schlafende Hunde weckt“. Das Beratergremium hat sich darauf geeinigt, seine Ergebnisse dort einzusetzen, wo sie situativ nachgefragt werden.

Auf DGB Ebenen gibt es Bestrebungen die Arbeit in den Landesfachausschüssen zu strukturieren. Aktuell ist jedoch kein Fortschritt zu sehen

TOP 7

Kompetenzwerkstatt – Digitale Medien in der Berufsausbildung

- Ist ausgefallen -

TOP 8

Assistierte Ausbildung

Einführung: Barbara Galla

Referent: Olaf Kierstein, Diakonisches Werk der evangelischen Kirche in Baden-Württemberg e. V.

In der Folienpräsentation wurden folgende Themen behandelt:

- Betriebliche Berufsausbildung für chancenarme Menschen in Baden-Württemberg
- Weshalb Assistierte Ausbildung?
- Basis und Eckpfeiler
- Rahmen und Varianten
- Phasen und Praxis der Assistierten Ausbildung
- Teilnehmende
- Zielgruppenanalyse
- Verbleib nach Vorbereitungsphase
- Anzahl Berufsbilder
- Merkmale der Ausbildungsverhältnisse
- Abschluss Ausbildungen

- Eckpunkte der Umsetzung
- Innovationspotenzial für die Ausbildungsförderung

An der Diskussion waren Barbara Galla, Bernd Kaßbaum, Timo Gayer, Thomas Ressel, Jörg Ferrando, Olaf Kierstein beteiligt.

TOP 5

Kompetenzorientierte Ausbildungsordnungen

Referent: Frank Gerdes

In der Folienpräsentation wurden folgende Themen behandelt:

- Empfehlung des Hauptausschusses des Bundesinstituts für Berufsbildung(BIBB) zur Struktur und Gestaltung von Ausbildungsordnungen – Ausbildungsberufsbild, Ausbildungsrahmenplan
- Berufliche Handlungsfähigkeit im Sinne von BBiG/HWO und das Kompetenzverständnis des DQR
- Muster für Verordnungstext (Beruf ohne Spezialisierung)
- Anlage Ausbildungsrahmenplan
- Glossar
- Umsetzungsbeispiel „Werkzeugmechaniker/-in“

Die ursprüngliche Fassung, die im BA hier schon mal abgelehnt wurde, hätte sich stark verändert. Übrig sei nur noch:

- Es würde in jeder VO eines Berufes in einem § ein direkter Bezug zur DQR Stufe hergestellt
- Die Berufsbildpositionen würden in Zukunft Handlungsfelder heißen
- Im Ausbildungsrahmenplan stehe in der Spalte „Zu vermittelnde Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten“ immer ein einleitender Satz bevor dann die Einzelaufzählungen a), b), c) usw. kommen würden, dies solle der ganzheitlichen Einbettung/Handlung in den jeweiligen betrieblichen Kontext dienlich sein

Die Diskussion (Timo Gayer, Barbara Galla, Angela Kennecke, Frank Gerdes, Thomas Ressel, Gerhard Pilz, Ferdinand Walbaum, Jörg Ferrando) befasste u.a. mit nachfolgenden Fragen und Punkten:

- Es gäbe keine Veränderung der Standardberufsbildpositionen nur eine Umbenennung in „Handlungsfelder“
- Leitgedanke sei hier zukünftig etwas ganzheitlicher zu formulieren
- Auch sollten, wenn möglich in Zukunft bei den Formulierungen alle Kompetenzdimensionen des DQR berücksichtigt werden
- Ausbilder, Prüfer, Betriebsräte, Jugendvertreter und auch IGM Sekretäre würden nach NO Verfahren bei Formulierungen an ihre Grenzen bei der Lesbarkeit stoßen
- das Sprachniveau sei oft unverständlich und zu ‚hoch‘, es gäbe auch keine Taxonomiestufen, die Latte würde bei den Formulierungen oft zu hoch gehängt

- Was wollen wir eigentlich mit AO erreichen? Sind offene Formulierungen ein Eigentor?
- Die Lesbarkeit sei wichtig + verständlich solle es auch sein, Offenheit sei das schwierig auch bei der Umsetzung
- Punkt C Masterniveau, Niveau festlegen schwierig, viele PAL-Leute aus Automobilindustrie, KMU keine Freistellungen
- Der aktuelle Stand der kompetenzorientierten AO's würde im HA im Dez vorgestellt und sollte eigentlich im Februar erlassen werden,
- Ein Ziel im Februar würde ein Leitfaden sein wie Handlungsfelder entstehen.

Protokoll:

Anke Feindura-Dietz

(Die verwendeten Foliensätze zu den Tagungsordnungspunkten stehen im wap-Netz zur Verfügung: www.wap.igmetall.de und sind im Ressort abrufbar)